

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

91 (20.4.1931)

# Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gerappten Millimeterzeile kostet 12 Uring. Gegenüber-  
setzung 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei Nichterfüllung des  
Vertrages, bei gerichtlicher Verurteilung und bei Konten über Streit tritt o. Erfüllung  
o. und Gerichtsbeschl. in Karlsruhe i. D. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern  
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk  
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post  
2,00 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich  
vermehrt 11 Uhr o. Postzeitungsamt 2800 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Kar-  
lsruhe i. D. Marktstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volkshaus-Büro: Durlach, Haupt-  
straße 9, B.-Boden, Tagblattstraße 12; Rastatt, Tafelstraße 2; Offenburg, Republikstraße 6

Nummer 91

Karlsruhe, Montag, den 20. April 1931

51. Jahrgang

## Kommunistische Blutschuld

Kommunisten hegen Arbeiter in den Tod

Samm, 20. April. (Zurückdienst.) Als kommunistische Demonstration am Sonntag den Versuch machten, trotz des behördlichen Verbots in dem Massenarab der im März 1920 bei den Unruhen bei Peltum anwesenden 300 Kommunisten zu gelangen, kam es an der Gemeindegrenze von Peltum zu einem schweren Zusammenstoß mit den Landjägern. Alles gütliche Zureden der Beamten, den Zug aufzulösen, war vergeblich. Als die Landjäger dann mit dem Gummihüpfel vorgingen, zeigten sich die Kommunisten zur Wehr, indem sie auf die Beamten einschlugen und einfielen. In dieser Situation machten die Beamten von der Waffe Gebrauch. Nach einigen Schüssen in die Luft schossen sie scharf. Drei Personen wurden getötet, vier schwer verletzt.

In den letzten Jahren haben die Kommunisten in Hamm fast regelmäßig Ende März zu dem Massenarab der während des Kampfes bei Peltum Gefallenen einen Demonstrationsszug unternommen. Auch in diesem Jahre war die Demonstrationsszug in Hamm stattfand, während er auf Peltum Gebiet verbotenen war. Erlaubt wurde lediglich, daß die Angehörigen und die Kranzträger in Stärke von 150 Personen von der Peltumer Gemeindegrenze an zum Grabe gingen. Zwecks Durchführung dieser Anordnung waren an der Grenze in Wiesherhöfen mehrere Beamte der Landjägeri postiert worden.

Der Demonstrationsszug, der annähernd 1000 Personen umfaßte, trat nachmittags gegen 3 Uhr an der Peltumer Gemeindegrenze ein. In aller Ruhe forderten die Beamten die Demonstranten auf, aus den Angehörigen der Gefallenen und den Kranzträgern eine Abordnung zum Besuch des Massenarabes zu bilden. Außerdem wurden noch 30 Personen zugelassen, die angeblich als Mitglieder eines Gesangsvereins an dem Grabe der Opfer des Kampfes singen wollten. Schon schien alles in bester Ordnung, als aus der Abordnung heraus immer wieder der Ruf erscholl: „Alles mitkommen!“ Die Landjäger verhielten sich ruhig und gütlich auf die Demonstranten einzuwirken und den Demonstrationsszug durch gütliches Zureden von der Abordnung zu trennen. Die Antwort war, daß die Beamten tatsächlich angegriffen und mit Stöcken und Latzen geschlagen wurden. Hühner wurden durch Stöckschläge und Steinwürfe verletzt. Einer davon erhielt einen Messerstoß in den Kopf. Erst als es bereits zu weit war, machten die Beamten von der Waffe Gebrauch. Obendrein wären sie wahrscheinlich zu Tode geprügelt worden.

Im Anschluß an den Demonstrationsszug sollte in Wiesherhöfen eine kommunistische Saalveranstaltung vor sich gehen. Mit Rücksicht auf die blutigen Vorkommnisse wurde diese Versammlung unter Zustimmung der Schupo aus Hamm angefaßt. Diese Aktion wird ohne Widerstand der Versammlungsteilnehmer vor sich gehen.

## Der Balkan und die Zollunion

(Von unserem Balkan-Korrespondenten)

Kein politisches, wirtschaftliches oder sonstiges Ergebnis der Nachkriegszeit hat in der Balkanpresse einen so starken Widerhall gefunden wie das deutsch-österreichische Wirtschaftsübereinkommen. Eine wahre Sturmflut von Leitartikeln überschwemmt tagtäglich die Blätter und will heute, vier Wochen nach den Wiener Abmachungen, noch nicht abebben. Um es gleich vorwegzunehmen: Auch in jenen Ländern des europäischen Südbalkans, wo die geplante deutsch-österreichische Zollunion infolge außenpolitischer Bindungen auf mehr oder weniger entschiedene Ablehnung stößt, tragen die Kommentare durchweg eine ruhige und vorsichtige Note. Offenbar scheinen auch den überpolitisierten Balkanverbündeten Frankreichs und der Tschechoslowakei, in erster Linie Südbalkaniens, der Drang nach politischer, wirtschaftlicher Neuordnung Europas und die Rettung vor dem wirtschaftlichen Untergang wichtiger zu sein als ihre militärischen und sonstigen Abkommen.

Als der deutsche Außenminister noch in Wien weilte, erklärte die Belgrader Politika, daß nichts natürlicher sei als das gemeinsame Bestreben Deutschlands und Österreichs, ein solidares Vorgehen bei den bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen festzusetzen. Es handele sich um die Lebensinteressen der gesamten Wirtschaft beider Länder. Deshalb müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß bei allen neuen Handelsvertragsverhandlungen der anderen Staaten mit Deutschland oder Österreich eine gewisse selbstverständliche deutsche Solidarität zu fühlen sei. Tatsächlich war in Belgrad und Bukarest nach der Bekanntgabe des Wiener Vertrags die Erkenntnis vorherrschend, daß die eigenen Wirtschaftsinteressen in diesem Falle mit denen der kleinen Entente, deutscherseits gelagert mit denen der erregt protestierenden Tschechoslowakei nicht identisch seien. In dieser Hinsicht trat erst nach Vorlesungen der französischen und tschechischen Gesandten eine von oben befohlene Wendung ein.

Die südbalkanischen Blätter, die heute ohne Ausnahme — nolens volens — Sprachrohre der Belgrader Diktaturregierung sind, machten sich nach den Vorstellungen der Regierung in Paris und Prag mehr oder weniger die Prager „Argumente“ gegen die deutsch-österreichische Zollunion zu eigen. Man argumentierte plötzlich, daß die Zollunion den mittlereuropäischen Frieden gefährde, den Paneuropäischen Bräuden widerspreche und das Ansehensverbot der Friedensverträge verlege. Der wirtschaftlichen Zusammenarbeit würde auch der politische Ansehensverlust folgen. Eine solche Durchbrechung der Verträge könne Südbalkanien nicht billigen. Immerhin aber sei es der Meinung, daß keinerlei Gründe zur Beunruhigung vorlägen. Es sei überzeugt, daß Deutschland und Österreich ihre internationalen Verpflichtungen nicht verletzen würden. Alle diese Auslassungen sind streng in den Formen gehalten, die bei internationalen Erörterungen üblich sind. Auch das zeigt, daß die offiziöse Verlautbarung von „höheren“ Bündnisinteressen diktiert sind. Interessant ist ferner, daß die Stimmung der Wirtschaft im Gegensatz zu der offiziellen Haltung steht. Die Wirtschaft sieht bei einem deutsch-österreichischen Wirtschaftsblock gesteigerte Absatzmöglichkeiten für ihre Agrarprodukte.

Die Haltung Rumäniens zu der Zollunion hat ebenfalls einige Wandlungen durchgemacht. Nach den französischen und tschechischen Vorstellungen erklarte das führende Wirtschaftsblatt „Argus“ plötzlich in den Tatsachen, daß die Vorverhandlungen geheimgehalten wurden und die beiden Staaten Industrie- und Agrareinfuhrländer seien, einen Beweis für den vorwiegend politischen Charakter des Vertrags. Die Nachfolgestaaten würden jene wirtschaftlichen Vorteile, die sie Österreich hätten bieten können, einem deutsch-österreichischen Wirtschaftsblock nicht gewähren. Auch andere Organe lehnten, wenn auch in sehr gemäßigtem Tone, das Zollangebotsprojekt ab. Ueberraschend kamen dann die Erklärungen des Generalsekretärs im Ackerbauministerium, Dr. Ene, der im Sommer 1930 Führer der Verhandlungen über das französisch-rumänische Handelsabkommen war. Dr. Ene hob hervor, daß nur diejenigen von dem Wiener Abkommen überrascht worden seien, die nicht mit gebührender Aufmerksamkeit der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Lage gefolgt seien. Die rumänische Regierung habe die Zollunion vorausgesehen und im französisch-rumänischen Handelsabkommen die notwendigen Vorbehalte für den Fall der Bildung der Zollunion gemacht. Deutschland und Österreich seien die wichtigsten Abnehmer der rumänischen Ausfuhr, und Rumänien müsse schon heute wählen, ob es Wert darauf lege, seine Ausfuhr in diese beiden Länder aufrechtzuerhalten, oder ob es unter Verzicht auf diese Möglichkeit sich nach neuen Absatzmärkten umsehen wolle. In jedem Falle müsse man mit dem deutsch-österreichischen Block wie mit einer festen Tatsache rechnen. Aus diesen Erklärungen, die in Rumänien starke Beachtung und Zustimmung gefunden haben, ist erkennbar, daß man sich in Bukarest nach anfänglichen Schwankungen zu einer nüchternen und realpolitischen Haltung durchgerungen hat.

## Deutsch-russischer Lieferungsvertrag

Der zwischen dem Reichsverband der Deutschen Industrie und der russischen Regierung vereinbarte deutsch-russische Lieferungsvertrag sieht Lieferungsverträge im Gesamtwert von 300 Millionen Mark vor. Die Aufträge müssen bis zum 31. August 1931 in spezifizierter Form an die Lieferfirmen übergeben werden.

Hinsichtlich der Kredit- und Zahlungsbedingungen hat die deutsche Industrie weitgehende Konzessionen gemacht. Der bisherige 12-Monatskredit wird auf 14 Monate verlängert, der 18-Monatskredit auf 24 Monate und der 24-Monatskredit auf 28,8 Monate. Zinsentänden haben die Russen eine Anzahlung des Betrages in Höhe von 20 Prozent in Wechselform. Die Wechsel werden nach Ablauf der Lieferfrist fällig, wozu weitere Fristen treten, die 13 bis 27 Monate ausmachen. Die Zinsen sind vierteljährlich abzurechnen und zu bezahlen und zwar in bar oder in einem 6-Monatskredit nach Wahl der Russen. Für Akzente haben die Russen Zinsen zu versetzen, die 2 Prozent über dem deutschen Reichsbankdiskont liegen. Die bestehenden Abmachungen werden durch den deutsch-russischen Vertrag nicht berührt. Die Russen behalten sich volle Freiheit in der Auswahl der Lieferfirmen vor. Ebenso steht es den einzelnen deutschen Firmen frei, ob und in welchem Umfang sie Aufträge auf Grund dieser Vereinbarung übernehmen wollen.

## Tagung der Deutschen Volkspartei

20. April, 19. April. Die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei wurde vom Parteivorstand Dingeldey mit einer Erklärung der von ihm formulierten Ziele für den politischen Kampf der nächsten Zeit eingeleitet. Die Kampfsätze der Deutschen Volkspartei wurden ohne Ausprache einstimmig angenommen. Als Dingeldey sprach das Vertrauen zu Reichskanzler Brüning aus und ging dann auf die bevorstehenden Aufgaben ein. Die Ziele, wie Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenversicherung, Notlage der Gemeinden und Reichsreform, mühten immer wieder in die Klänge aus über die Lage, in die Deutschland durch die außenpolitischen Zustände verwickelt ist. Das System der „unrichtigen Besetzung“ bedeute, daß zu den zwei Milliarden Reparationen eine Zinsenlast von über 1 1/2 Milliarden komme. Beträge, die weit über die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hinausgingen. Deshalb werde die Reichsregierung auf den Weg der Revision des Tributenvertrages getrieben werden.

## Indeziffer der Großhandelspreise

Die vom Statistischen Reichsamt für den 15. April berechnete Indeziffer der Großhandelspreise hat sich mit 113,8 gegenüber der Vormonats (113,5) um 0,3 Prozent erhöht.

## Zur Werkspionage

Chemnitz, 20. April. (Zurückdienst.) In Einzelfeld bei Chemnitz wurde ein kommunistischer Gemeindebeamter verhaftet. Er wird beschuldigt, Aktien photographiert zu haben und steht im Verdacht, an der Schächter Industrieproduktionsausrüstung beteiligt zu sein.

Frankfurt a. M., 20. April. (Zurückdienst.) Die IG. Farbenindustrie Schöft hat unter dem Verdacht der Beteiligung an der kommunistischen Werkspionage 23 Arbeiter entlassen. Darunter befinden sich sieben Mitglieder des Arbeiter- und Betriebsrates.

## Verteilter Nationalsozialist

Berlin, 20. April. (Zurückdienst.) Das Präsidium des preussischen Oberverwaltungsgerichts hat den zu den Nationalsozialisten übergetretenen Senatspräsidenten Grötker von der Leitung des höchsten Disziplinarmittels für die preussischen Kommunalbeamten entsetzt und ihm ein Steueramt übertragen.

## Protestkundgebungen der Kriegsoffer

Der Reichsverband der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegsermächtigten veranstaltete am Sonntag im ganzen Reich große Protestkundgebungen gegen die Kürzung der Invaliden- und Hinterbliebenenrenten. In Berlin nahmen etwa 15 000 Personen an der Kundgebung teil. Auch im übrigen Reich war die Teilnahme an den Veranstaltungen außerordentlich gut. In allen Versammlungen wurde gegen den Abbau der Rechte der Kriegsoffer durch die Annahme einer entsprechenden Entschädigung entschieden protestiert.

## Das neue rumänische Kabinett

Bukarest, 18. April. Prof. Nikolas Jorga wurde zum König mit der Bildung des Kabinetts beauftragt, nachdem Titulescu sein Kabinett nicht hatte bilden können. Jorga hat darauf ein Kabinett gebildet, das vom König ausgeschrieben wurde. Es setzt sich folgendermaßen zusammen:

Ministerpräsident und Unterrichtsminister: Jorga.  
Finanzminister: Aracetanu.  
Innenminister: Samarasco.  
Gesundheitsminister: Dr. Cantacuzino.  
Gewerbe- und Handelsminister: Manolescu.  
Außenminister: Ghiza.  
Verkehrsminister: Valcorici.  
Justizminister: Hamangan.  
Landwirtschaftsminister: Joneacu Siceiti.  
Kriegsminister: Stefanion.  
Das Parlament soll aufgelöst werden.

## Die Lage in Spanien

Madrid, 18. April. Nach einer Mitteilung aus autorisierter Quelle hat sich General Bermejo, der ehemalige Ministerpräsident und Kriegsminister im letzten monarchistischen Kabinett gestern abend den republikanischen Behörden in Madrid gestellt, die seine Teilnahme angeordnet haben.

Madrid, 18. April. Nach Schluß der Kabinettsitzung erklärten die Minister, die Lage im Lande sei durchaus beruhigend. Die catalonische Frage solle von der konstituierenden Nationalversammlung geregelt werden. In Madrid und in den Provinzen sei alles ruhig, und die Arbeit nehme allenthalben ihren gewöhnlichen Verlauf. Die Finanzkrisis hätten einen recht guten Eindruck von der politischen Lage und die Baluto habe merklich abgenommen.

In Senfika haben Unruhen stattgefunden, bei denen es zu Schießereien zwischen Polizei, Zivilgarde und Soldaten gekommen sei.

## Zuspizung der Lage auf Madeira

London, 17. April. Die spanischen Blättermeldungen aus Funchal zufolge ist das Entladen von Schiffen im dortigen Hafen nunmehr völlig unterbrochen. Das in der Ferner am Horizont sichtbare Kanonenboot blockiert den Hafen; trotzdem kann man von einer ernstlichen Lebensmittelmangel bis jetzt noch nicht sprechen, dagegen besteht Mangel an Brennstoffen, so daß auch der Verbrauch an Elektrizität eingeschränkt worden ist. Im allgemeinen spielt sich die Lage zu. Die Arbeitslosigkeit ist gewachsen. Funchal mit seiner normalen Einwohnerzahl von 65 000 ist nunmehr fast eine Stadt ohne Frauen, da die meisten von diesen in den Bergen Zuflucht gesucht haben.

Paris, 19. April. Wie Hannas meldet, teilt der Vertreter der revolutionären Regierung der Azoren im Ausland, Sebastian de Costa mit, die Zivilbevölkerung Madetras und der Azoren habe sich einstimmig den Aufständischen angeschlossen. Sie sei entschlossen, den Weisungen der Regierung in Lissabon nicht zu gehorchen, die nicht mit der Befassung vereinbar sei. Infolgedessen sei in Funchal eine provisorische Regierung gebildet worden, die die Bildung der Verwaltung in allen aufständischen Gebieten übernehmen und zwar unter der Präsidentschaft von Sousa Dias. Vertreter der provisorischen Regierung im Ausland ist der gegenwärtig in Paris weilende Marineoffizier Sebastian de Costa.

Der Standpunkt der beiden anderen Balkanstaaten, Bulgarien und Griechenland, ist unzweideutig. Die bulgarische wie die griechische Öffentlichkeit begrüßen den deutsch-österreichischen Plan als den verheißungsvollen Anfang einer ökonomischen Reorganisation Europas. Auch Frankreich, wenn es ehrlichen Willen habe, heißt es in einem Athener Regierungsblatt, müßte die Wiener Vereinbarungen als den ersten Schritt der allgemeinen europäischen Zollunion im Geiste des Briand'schen Memorandums anerkennen und würdigen. Was die engeren Wirtschaftsbelange Griechenlands angeht, so sei festzustellen, daß Deutschland und Oesterreich hervorragende Abnehmer der griechischen Ausfuhr seien. Ein Block zwischen beiden Ländern könne deren wirtschaftliche Kraft nur steigern, woran Griechenland das größte Interesse habe.

Äußerungen des bulgarischen Handelsministers Professor Nischailow und des Finanzministers Mollow gegenüber dem Korrespondenten des Soz. PresseDienst waren in gleichem Tenor gehalten wie die offiziellen Athener Auslassungen: Eine wirtschaftliche Gefährdung und Erstarrung der beiden deutschen Bruderländer könne und werde nicht ohne günstige Auswirkung auch für Bulgarien bleiben.

### Mordprozeß Kürten

Düsseldorf, 18. April. Nach Eröffnung der Sitzung des sechsten Verhandlungstages wurde in die Prüfung des Falles Doerrier eingetreten. Der Zeuge Ems, der an der etwa 500 Meter von einem Bahnübergang gelegenen Stelle vorbeikam, wo die Doerrier lag und sofort die Polizei holte, erklärt, die Doerrier habe noch Lebenszeichen von sich gegeben. Der Bruder des Zeugen sagt aus, die Ueberfallene habe mit dem Kopfe zur Duffel gelegen und eine Hand wie zur Abwehr über die Augen gehalten.

Der Kriminalsekretär Döfer erklärt, als er mit dem Ueberfallkommando zum Tatort kam, habe die Doerrier noch gelebt und sehr geschrien. Als die Mordkommission eintraf, war die Doerrier bereits ins Krankenhaus gebracht worden.

Der Kriminalbeamte Jergang berichtet, daß der Abdruck der Fußspuren die Uebereinstimmung mit den Schuhen der Doerrier und Kürten ergeben habe. Der Staatsanwalt befragt den Zeugen Müller darüber, was Kürten bei seiner Festnahme gesagt habe, worauf der Zeuge erwidert, Kürten habe keinen Ton gesagt. Oberarzt Dr. Kraft, jetzt in Köln, hat die Doerrier im Krankenhaus untersucht, die schwer verletzt in stark blutdurchtränkten Kleidern eingeliefert wurde. Sie hatte an beiden Augen klaffende Wunden, zum Teil lag das Gehirn frei. Die Doerrier hat das Bewußtsein nicht wieder erlangt und starb mit zunehmender Verblämung.

Die Prüfung des Falles Meurer begann mit der Vernehmung der Ueberfallenen, Frau Subertine Meurer. Diese ging am 20. Oktober über den Sellweg nach Hauke. Ein Mann ging an ihr vorbei, der ihr dadurch auffiel, daß er über einen Stein stolperte. Er begann ein Gespräch über die Unsicherheit des Sellweges und über die schlechten Beleuchtungsverhältnisse und fragte die Zeugin, ob sie keine Angst habe. Sie möge doch daran denken, wie es dem ermordeten Scheer gegangen sei. Kürten erluchte sie, neben ihm zu gehen. Um ihn loszuwerden, sagte sie, daß sie in wenigen Minuten abgeholt werde und gleich zu Hause sei. Als sie sich dann umdrehte, bekam sie einen heftigen Schlag, so daß sie zusammenbrach. Als sie wieder zu sich kam, waren schon Leute bei ihr. Kürten habe, so sagt sie weiter aus, auf sie einen guten Eindruck gemacht, so daß sie sich sagte: „Das ist ein netter Mensch“.

Frau Meurer irug am Kopf und am rechten Ohr Verletzungen davon, die von einem Hammer herrührten. Sie wurde sofort operiert, konnte erst am Nachmittag des nächsten Tages auslagern und wurde nach drei Wochen aus dem Krankenhaus entlassen. Nach Angabe der Zeugin selbst ist sie noch in ärztlicher Behandlung.

Zum Fall Albrecht berichtete Kriminalbeamter Jergang über die Lage und den Befund der fürchterlich verstohlenen Leiche. Es werden dann eine Reihe Zeugen vernommen, die das Kind und Kürten auf dem Wege zum Tatort gesehen haben. Von Interesse ist die Aussage des Zeugen Bok, der mit einem Kollegen abends gegen 7 Uhr durch die Hans-Sachs-Straße ging, wo ihm ein Mann mit einem Kinde entgegenkam. Sein Kollege fand den Mann verdächtig und sagte zu dem Zeugen: Das ist der Düsseldorf'sche Mörder! Da das Kind aber sehr vertraulich schien, nahm Bok an, es sei sein Vater. Prof. Berg erstatte das Gutachten über den Befund der Leiche, die mit großer Wucht geführte Stiche aufwies. Vom Verteidiger befragt, ob er aus der großen Zahl der Stiche auf den seelischen Zustand des Täters schließen könne, antwortete der Sachverständige, der Täter müsse in hochgradiger Erregung gehandelt haben.

Um 11.25 Uhr wurde die Verhandlung auf eine halbe Stunde unterbrochen.

Der Staatsanwalt gibt nach der Pause eine Erklärung ab, wonach das Geständnis des Angeklagten am Vortage keine Befähigung gefunden habe.

Frau Kürten sagt dann u. a. aus: In der Nacht, in der die Sohn ermordet wurde, sei er in guter Laune gekommen. Als er am Tage vor seiner Verhaftung, als er seiner Frau die Morde gestand, sagte er: Wenn du mich verläßt, mache ich dich genau so kalt.

Am Abend vor dieser Aussprache habe er gemeint und ihr das Verbrechen abgenommen, sich kein Leid anzutun. Am letzten Tage sei er sehr niedergeschlagen gewesen, und habe erklärt, Düsseldorf verlassen zu wollen. Er sei ihr immer wie ein Mann vorgekommen, der sehr vernünftig gedacht habe. Er sei allerdings sehr erregbar gewesen. Frau Kürten hielt ihn für sehr gefühlvoll, besonders armen Leuten gegenüber. Nach diesen Aussagen wird die Verhandlung auf Montag um 9 Uhr vertagt.

### Aus aller Welt

#### Blutiger Streit zwischen polnischen Rekruten

Warschau, 18. April. In dem von Kattowitz nach Krakau fahrenden Personenzug kam es gestern zu einer blutigen Schlägerei zwischen Rekruten aus Oberschlesien und solchen, die aus dem benachbarten Kohlengebiet Dombrowa stammen. Der Streit, in dessen Verlauf die Rekruten mit Messern aufeinander einfielen, war dadurch entstanden, daß die Oberschlesier sich weinerten, Soldatenlieder zu singen. Circa 15 Soldaten wurden verletzt, vier so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

#### Mord und Selbstmord

Berlin, 19. April. In einem Hause in Charlottenburg-Westend wurde heute früh der 43 Jahre alte Ingenieur Kasimir Schöler vor dem Tische seiner Nichte, der 12 Jahre alten Schülerin Ilse Zallen mit einem Schlafenstich tot aufgefunden. Das Mädchen hatte einen Schuß unter dem rechten Auge und gab noch Lebenszeichen von sich, verschied dann aber kurz nach seiner Aufnahme in einem Krankenhaus. Wie die Ermittlungen ergaben, war Schöler nervenleidend und ist erst vor wenigen Wochen aus einer Heilanstalt entlassen worden. Für die Einzelheiten des Mordprozesses hatte er ungewöhnliches Interesse bezogen. Die Wohnung, in dem

## Nazis am Reichsgericht

### Schöne Zustände

In der Leipziger Volkszeitung seien wir:

In unserem Bericht über die Nationalsozialistische Juristentagung in Leipzig gaben wir unter anderem das Wort des Führers des Nationalsozialistischen Juristenbundes, Rechtsanwalt Frank II, München, wieder, wonach am Reichsgericht der Frühling eingezogen wäre, d. h. ein nationalsozialistisch denkender Richter vorhanden sei. Den Namen dieses „Frühlingshelden“ verdrängte Herr Frank. Warum? Wenn er im Sonderheft „Deutsches Recht“ seiner politischen Wochenschrift „Die andere Seite“ nur von einem „deutschen Richter“ zu berichten weiß, und als solchen den aktiven Reichsgerichtsrat Dr. Georg Müller bezeichnet, dann ist wohl jede Geheimnistuerei in dieser Hinsicht überflüssig.

Mit Herrn Reichsgerichtsrat Dr. Georg Müller hat sich die Öffentlichkeit wiederholt beschäftigt. Des Geistes Kind er ist, ergibt sich aus seiner Stellungnahme zu dem kürzlich erschienenen Buche „Gefesselte Justiz“, das die niederträchtigsten Lügen, Verleumdungen und Verdrehungen enthält. Dieses Buch, das jeder anständige und rechtlich denkende Mensch mit Abscheu aus der Hand legt, (selbst führende deutschnationale Juristen haben es scharf verurteilt), erweckt keineswegs den Widerwillen des Herrn Reichsgerichtsrats Müller. Vielmehr ist ihm „Ziel und Leitgedanke dieses Buches“, wie er mit anerkennenswerter Offenheit in einem Briefe an den Verleger des Barnowischen Buches zum Ausdruck bringt, „aus der Seele gesprochen“. Und weiter schreibt Herr Reichsgerichtsrat Müller in diesem Briefe u. a.:

„Wätten wir eine unerlebende Volksleitung, dann müßte es auf dieses Buch hin wahr werden: Antwort erscholl wie Sturm und Meergeräusch: Herr Suttner, lassen sie an und räumt aus. Aber freilich, woher käme uns heute ein Suttner?“

So ist also der nationalsozialistische Frühling ins Reichsgericht eingezogen „Mit Sturm und Meergeräusch“ und mit dem Wunsche „follet an und räumt aus“!

Zeit, die Ueberbleibsel einer vergangenen volksfeindlichen Zeit, sondern die Republik und die Demokratie sollen angeht werden.

„Aber woher käme uns heute ein Suttner?“ fragt am Schlusse Herr Reichsgerichtsrat Müller melancholisch. Warum so traurig?

Das ist doch für den Herrn Reichsgerichtsrat keine Frage. Er weiß doch genau, woher ein „Suttner“ kommt. Ist er nicht schon vor Jahren in den Brausefässern Münchens „von Gott erweckt und gesandt“ worden? Und „schimmert“ nicht der Herr Reichsgerichtsrat Müller mit dem Herrn Landgerichtsdirektor von Mialowski vor Freude um die Wette, wenn die Namen der nationalsozialistischen Westfälle ertönen?

In der Vossischen Zeitung legte der Leipziger Rechtsanwalt Hermann Martin dar, daß demnächst die Stelle des Präsidenten des 4. Strafenats neu besetzt werden müsse. Der 4. Strafenat fungiert als provisorischer Reichsverwaltungsgerichtshof, als die oberste Instanz, die im Republikverwaltungsrecht vorgeht. Durch die Notverordnung vom 28. März wird dem 4. Strafenat eine ganz besonders große Verantwortung zugewiesen. Der 4. Strafenat ist die letzte Berufungsinstanz, die in der Notverordnung vorgehört ist. Es ist durchaus verständlich, wenn die Köpferrollen das Bemühen haben, ihren Einfluß gerade an dieser Stelle geltend zu machen. Herr von Mialowski würde einen Sprung in den nächsten Frühling machen, wenn das geschehen würde. Dann würde die Republik ebenso beschützt, wie Herr Dr. Frid die republikanischen Einrichtungen in Thüringen „schützte“.

Jedenfalls richten wir das Augenmerk des Herrn Staatssekretärs Joel — der das verwaiste Amt des Justizministers im Reiche zu betreten hat — auf den Herrn Reichsgerichtsrat Dr. Georg Müller, der auf der nationalsozialistischen Juristentagung in Leipzig als die erste Frühlingsgewalt des Herrn Mialowski bezeichnet worden ist. Die Spaten weisen von den Wurzeln des nationalsozialistischen Rechts, die an und auf dem Reichsgericht noch in üblischer Fülle zu finden sind, jedem Kundigen ins Ohr, daß Herr Dr. Georg Müller nicht der einzige sei, der mit Herrn von Mialowski Frühlingsnähe teilt. Vom Staatssekretär Dr. Joel dürfte in dieser Richtung nicht allzuviel zu erwarten sein. Aber das Reichskabinett wird die besondere Aufgabe haben, den Nazimotiven in den Räumen des Reichsgerichtes eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Herr Rechtsanwalt Hermann Martin hat demenswerterweise auf die bevorstehende Neubekennung im 4. Strafenat hingewiesen. Wir unterstreichen seine Bedenken und bringen unterleitet den Hinweis darauf, daß die geäußerten Bedenken durchaus am Platze sind.

### Republik Spanien



Der Dzeanflierer Franco verläßt Paris, wo er seit der misglückten Desemberrückkehr im Exil gelebt hatte.

Die Proklamierung der Republik vom Balkon des Regierungsaubades an der Puerta del Sol in Madrid



sch die Bluttat abspielte, gehört seinem Schwager Inalien, der zur Zeit mit seiner Gattin verreist ist. Es waren in der letzten Nacht noch eine Haushälterin und Enkelin der ermordeten Inalien anwesend. Sie hatten jedoch von dem Vorgang nichts bemerkt. Ein Sittlichkeitsverbrechen ist an dem unglücklichen Kinde nicht verübt worden. Das Kind scheint, als ihm Schloß die Waffe an die Schläfe legte, sehr erschrocken zu haben.

#### Vom Luftschiffbau Zeppelin

Friedrichshafen, 19. April. Zu den Meldungen Berliner Blätter, die japanische Regierung werde dem Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen den Auftrag zum Bau von drei Luftschiffen, die größer als „Graf Zeppelin“ werden sollen, erteilen, und der Luftschiffbau habe sich verpflichtet, die japanischen Besatzungsmannschaften auszubilden, erklärt Dr. Edener auf Anfrage, daß diese Meldungen vollständig aus der Luft gegriffen seien.

Die für den 26. April vorgesehene Landungsfahrt des „Graf Zeppelin“ nach Frankfurt findet nicht statt.

#### Schneefall in der Schweiz

Bern, 19. April. (Eigene Meldung.) Am sechsten Sonntag schneite es in verschiedenen Gegenden der Schweiz, so in Bern, Basel, Zürich und auch in der französischen Schweiz. Starke Schneefälle verzeichnete Graubünden und zwar nicht nur in den Höhenlagen und Hochalpen, sondern bis Chur hinunter.

Wieder ein Fall von Lynchjustiz in den Vereinigten Staaten Union City (Tennessee), 19. April. Ein Neger, der wegen verurlichter Notzucht in Untersuchungshaft lag, wurde gestern von einem erregten Mörderschar, der das Gefängnis fürchtete und sich dem Hüftlings bemächtigte, an einem Baum vor dem Gerichtshaus aufgehängt. Eine große Menschenmenge schaute dem Vorgang zu. Die Leiche blieb eine Weile an dem Baum hängen.

### Freistaat Baden Zollunion-Kohlenvorkommen

Karlsruhe, 18. April. In der Vollversammlung der Handelskammer für den Kreis Offenburg in Laub wurden die Vereinbarungen zwischen Deutschland und Oesterreich zum Abschluss einer Zollunion bearbeitet und als wünschenswert bezeichnet, daß diesen Bestrebungen auch dann, wenn sie für einzelne Zweige der deutschen Wirtschaft eher nachteilige Auswirkungen hervorgerufen würden, bald noch weitere Staaten beitragen mögen. Mit großer Mehrheit wurde der Beschluß gefaßt, der Regierung den Vorschlag zu machen, den auf die Kammer entfallenden Anteil an der Reichswahlhilfe 1930 im Betrage bis zu 40 000 RM. zur Erstellung von weiteren Forschungsanlagen im Gebiete des Kohlenvorkommens Bergbaubetriebsstätten zu verwenden. Es handelt sich dabei um die Wiederaufschließung des Großherzog-Friedrich-Schachtes beim Friedhof in Bergbaubetriebsstätten und die Anlage eines weiteren Stollens zur Feststellung darüber, welchen Verlauf das Dadaebirge (Gneis und Granit) zeigt und ob sich infolgedessen die Mächtigkeit des Vorkommens nach der Tiefe zu tatsächlich erweitert, wie von Sachverständigen angenommen wird. Erst wenn dieser Versuch ein befriedigendes Ergebnis gebracht hat, kann eine der neuzeitlichen Technik entsprechende Erschließung des Vorkommens als lohnend angesehen und empfohlen werden.

### Ein Reichsverband der Hybridenpflanzler

D.3. Karlsruhe, 18. April. Hier fand eine Vertreterversammlung der Hybridenpflanzlerverbände Südwestdeutschlands statt, in der beschlossen wurde, die drei bestehenden Verbände der Pfalz, Badens und Württembergs zu einem Reichsverband zusammenzufassen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Bürgermeister Hölz-Kappelwindel (Baden) gewählt, 2. Vorsitzender wurde Bürgermeister Wambsaun-Berger (Pfalz). Die Aufgabe des Verbandes soll sein die Interessen der Hybridenpflanzler besser zu vertreten und für neue Absatzgebiete zu sorgen. Insbesondere soll es möglich sein, für Hybridenmoste Absatz in der Schweiz zu finden.

### Schlechte Wirtschaftslage

Nach dem Bericht der Handelskammer für die Kreise Heidelberg und Mosbach über die wirtschaftliche Entwicklung in den Monaten Dezember 1930 bis März 1931, ist fast in allen Gewerbezweigen des Kammerbezirks ein weiteres Absinken der Umsatzziffern zu verzeichnen. Zugleich aber sinken die Arbeitslosenziffern auf eine bisher noch nie gekannte Höhe an. Die Zahl der Unternehmungen, welche mit einem baldigen natürlichen Ende der gegenwärtigen Stagnation im wirtschaftlichen Güterumlauf rechnen, ist verschwindend gering.

### Gewerkschaftliches

#### Verstärkte wirtschaftliche Nothilfe der Techniker

Von der heutigen Wirtschaftskrise werden namentlich die technischen Angestellten sehr hart in Mitleidenhaft gezogen. In Prozenten von ihnen sind bereits erwerbslos geworden, die übrigen kämpfen einen verzweifelten Kampf um die Behauptung ihrer Arbeitsstellen. Ihr Einkommen ist durch Herabsetzung der Tarifgehälter, Einführung von Kurzarbeit und tarifliche Zurückgruppierungen weitgehend vermindert worden.

In dieser Situation werden an die Berufsorganisation der technischen Angestellten Anforderungen von nie gekanntem Ausmaße gestellt. Die Hilfs- und Unterstützungseinrichtungen werden von den in wirtschaftliche Not geratenen Mitgliedern stark in Anspruch genommen. Gleichzeitig ist aber auch die Zahl der Klagen aus dem Arbeitsverhältnis stark anstiegen, die von der Organisation für die Mitglieder geführt werden. Auch die tagtäglich zu leistende eigentliche Gewerkschaftsarbeit, das sind alles Maßnahmen zur Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der technischen Angestellten, erfordert einen vermehrten Aufwand an Arbeitskraft und Geld.

Ueber die Steigerung der Unterstützungsleistungen und der Vermehrung der Gewerkschaftsarbeit unterrichteten folgende Vergleichszahlen aus den Geschäftsberichten 1929 und 1930 des „Bundes der technischen Angestellten und Beamten (Buba)“:

Mitgliederunterstützungen:	1929	1930
Gesamtbeitrag	505 369 M.	1 001 917 M.
davon Stellenlohnunterstützungen	276 813 M.	791 296 M.
Bearbeitete Klagen:		
Gesamtzahl	rd. 1800 Stk.	rd. 3000 Stk.
daraus materieller Erfolg	1 300 000 M.	2 050 000 M.

Diese Zahlen zeigen, daß im Jahre 1930 gegenüber 1929 eine Steigerung der Unterstützungsleistungen von rund 100 v. H., für die Stellenlohnunterstützung sogar von 185 v. H. eingetreten ist. Die Zahl der bearbeiteten Klagen stieg um 65 v. H. und der prozentuale Erfolg um 60 v. H. Die technischen Angestellten haben es also durch ihre berufliche Solidarität fertiggebracht, in der Zeit größter wirtschaftlicher Not und vermehrter gewerkschaftlicher Kämpfe ihre gewerkschaftliche Nothilfe beträchtlich zu verstärken. Die Wirksamkeit dieser Nothilfe ist schätzenswert für die zahlenmäßige Stärke der Berufsorganisation abhängig, worüber sich die technischen Angestellten klar sein müssen.

**Gewerkschafts-Archiv.** Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwina, Jena. Vierteljahresabonnements 3.60 M. Aus dem Inhalt dieser anregenden Monatshefte heben wir hervor: Landwirtschaftskrisis und Wirtschaftspolitik. — Wie liegt es um die Arbeitsvermittlung? — Europäische Wirtschaftsunion und Sozialpolitik. — Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Subalterner Arbeiter. — G. A. Kundschau: Anmerkungen — Arbeitsstatistik — Sozialpolitik — Bücherchau — Anzeigen. Den Ortsverwaltungen sei die Zeitschrift zum Abonnement empfohlen. Sie gibt viel des Interessanten.

### Kleine bad. Chronik

**Ein Kind aus dem dritten Stockwerk gekürzt**  
Mura (Amt Waldshut), 18. April. Das zweijährige Schändchen des Bauers Hoffmann kürzte in einem unbedachten Augenblick aus dem Fenster des dritten Stockwerkes, erlitt einen Schädelbruch und starb gleich darauf.

**Einbruch in die Postagentur Freiburg-Jährigen**  
D.3. Freiburg i. Br., 19. April. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag gegen zwei Uhr wurde in der Postagentur Freiburg-Jährigen, die sich im Hause eines Kolonialwarengeschäftes befindet, ein Einbruch verübt, bei dem die Täter den Schreibtisch und den Ladentisch erbrachen. Während sie im Postraum nur geringe Beute machen konnten, hielten ihnen die Ladenkasse mit der Samstagseinnahme, einem erheblichen Betrag, in die Hände. Der geraubte Betrag dürfte sich auf etwa 700 RM. belaufen. Der über die Täter müssen mit der Derbheit vertraut gemessen sein. Der Inhaber des Geschäftes, Glasfleiter, der auch gleichzeitig die Postagentur verwaltet, hatte die Kasse verhehentlich im unteren Stockwerk zurück-

## Der Lohn- und Arbeitszeitkampf in der Rheinschiffahrt

Nachdem bereits an den Osterfeiertagen in den Heimatsorten der Schiffer am Neckar, Main und Rhein starkbesuchte Schifferversammlungen stattfanden, wurden in dieser Woche an allen Hafenplätzen erneut Versammlungen des Gesamtverbandes der Arbeitnehmender Schiffer. Diese Versammlungen fanden für den Oberrhein am Montag in Mannheim, Dienstag in Karlsruhe, Mittwoch in Kehl-Strasbourg und am Donnerstag in Basel statt. In allen Versammlungen wurde der gegenwärtige Stand der Bewegung geschildert, einmütig stellten die Versammelten sich hinter ihre Organisation und verlangten, daß alle Mittel, auch das äußerste Mittel des Streiks angewandt werden müßten, um die ungeheuerliche Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Rheinschiffer zu verhindern.

In Kehl verfuhr ein Trupp von angeblichen RGD-Leuten an der Versammlung teilzunehmen. Da es sich um vollständig berufsfremde Leute handelte, mußten sie das Lokal vor Beginn der Versammlung verlassen. Sie hörten dann einige Zeit am Fenster. Da sie aber ihre eigene Schande hören mußten, waren sie vor Eile zu verschwinden. Nachdem der Kollege Köppel vom Gesamtverband den Bericht über die Verhandlungen erstattet hatte, sprachen Vertreter der Kehler Hafenarbeiter, die den Rheinschiffern jede Unterstützung in ihrem Kampf um Erhaltung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen versprachen.

Sierau nahmen Vertreter des französischen Transportarbeiterverbandes das Wort. Auch sie versicherten den Rheinschiffern, daß, was an ihnen liege, getan werden würde, um den Kampf erfolgreich zu beenden. Diese Erklärungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In Karlsruhe waren ebenfalls Vertreter der Hafenarbeiter anwesend, die den Rheinschiffern praktische Solidarität versprachen. Die Versammlung in Basel war vom Schweizer Transportarbeiterverband einberufen. Auch hier referierte der Kollege Köppel (Mannheim). Hier waren seitens der RGD, Märchen vom Streik der Rheinschiffer in Mannheim unter Führung der RGD, verbreitet worden. Die anwesenden Mitglieder der RGD, unter den Kehlener Hafenarbeitern machten lange Gesicht, als ihnen vom Kollegen Köppel gesagt wurde, daß die angeblich von der RGD in Mannheim stillgelegte Boote teilweise in Reparatur liegen, andere dagegen von der Firma selbst schon seit Monaten stillgelegt sind. Auch die Kehler Hafenarbeiter versprachen im Kampf der Rheinschiffer vollste Solidarität zu üben und nur die Aufforderungen des Deutschen Gesamtverbandes zu befolgen.

In allen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:  
Die heute tagende Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes — Bezirksverwaltung westdeutsche Wasserfräher — beschließt nach Entgegennahme des Berichtes über die Verhandlungen am 10. April 1931 in Berlin der Gesamtschiffahrt die Rheinschiffahrt:

Das Rheinschiffahrtspersonal lehnt es nach wie vor ab, für ein untragbares Schicksal sich auch nur irgendwie bereit zu erklären und fordert das Reichsarbeitsministerium auf, die Forderungen auf Verbindlichkeitserklärung abzulehnen.  
Das Personal ist entschlossen, selbst unter Anwendung der schärfsten Kampfmittel sich bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zu erringen.

gelassen und da er sich nicht wohl fühlte, hatte er es unterlassen, noch einmal hinunterzugehen.

\* **Florsheim.** Freitag nachts kurz nach 2 Uhr wurde auf der Zementverleihe vor dem Theater der 41 Jahre alte verheiratete Arbeiter Friedrich Keller von hier von einem Kraftwagen überfahren. Er ist nach seiner Einlieferung in das städt. Krankenhaus gestorben. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

\* **Philippsthal.** (Vom Postamt.) Die Umbauarbeiten am hiesigen Postamt sind nahezu beendet und die Räume teilweise schon bezogen. In einem größeren Raum seitlich des eigentlichen Postgebäudes werden die technischen Einrichtungen untergebracht. Im Laufe des Mai soll das Selbstankündigungsbüro in Betrieb genommen werden und wird die hiesige Vermittlungsstelle, zu der auch Sutterbach und Rheinsheim gehören, nach Einführung der neuen Betriebsweise an die Fernämter Bruchsal und Mannheim angeschlossen. Mit Waaghäufel wird ein sogenannter Ortsverbindungsverkehr eingerichtet, doch soll der Selbstankündigungsbetrieb im Jahre 1932 auch in Waaghäufel eingeführt werden.

\* **Sutterbach, Amt Wolfach.** Die 4 Jahre alte Klara Juna aus Newart in USA, die zur Zeit bei ihren Großeltern in Sutterbach weilte, künzte sich an einen nach dem Föhrenbühl fahrenden Seemann, geriet in das Hinterrad und wurde zu Boden geworfen, wodurch durch einen Genickbruch der Tod verursacht wurde.

Das Schaufenster als Brandstifter. In einem Schaufenster in Stockach brannte dieser Tage plötzlich ein Damenkleid. Durch rasches Querschneiden konnte der Brandherd beseitigt werden, bevor anderer Schaden, der leicht möglich gewesen wäre, entstanden ist. Aber was war die Ursache des Brandes überhaupt? Der Dien war kalt und hand zudem weit entfernt; weder der Inhaber noch ein Mitarbeiter des Personals hatte achtgegeben, und die Kundin hatte sich auch noch nicht so heftig abdrängelt, daß das Kleid Feuer im Dach gemeldet wäre. Aber ganz von selber konnte sich das Kostüm, dessen Aufstellungsgruppe ein ganz kaltes Herz hatte, ebenfalls nicht entzündet. Schließlich gab das Schaufenster selber Aufschluß. Im Schaufenster befand sich eine Stelle, die konvex ist, und die bei einem bestimmten Stand der Sonne wie ein Brennglas wirkt. Die lebhafte Stelle im Verein mit einem bestimmten Sonnenstand war also der Brandstifter.  
R. S.

### Aus der Stadt Durlach

**Jungsozialisten.** Heute, Montag abend 8 Uhr, im Heim Arbeitergemeinschaft. Gäste willkommen.

**Nähabende der Arbeiterwohlfahrt.** Heute abend halb 8 Uhr im ann die beliebten Nähabende der Arbeiterwohlfahrt im Haus der Arbeiterwohlfahrt. Es ist Frauen und Mädchen entgegen geboten, ihre Wäsche, Kleider und Handarbeiten unter fachkundiger Anleitung selbst anzufertigen. Es wird zur rege Teilnahme eingeladen.

**Schweinefleisch am 18. April.** Der Markt war befreit mit 100 Schweinefleisch und 228 Ferkelgeschweinen. Verkauf wurden 77 Schweine. Preis der Paar 45-50 bzw. 23-30 M. — Mittwoch, 22. d. d. Grobmarkt.

### Partei-Nachrichten

**Marxistisches ABC,** zusammengestellt und erläutert von Wilhelm C. Z. in 16. Aufl., 16 Seiten. Preis 20 Hg. Der Wert der Arbeit ist ein zentraler Punkt der marxistischen Theorie. In der vorliegenden Form (das Heftchen hat 16 Seiten Umfang) das Heftchen für den heutigen Menschheit und den gegenwärtigen politischen Kampf zu sagen. Wer die Aussagen aus den marxistischen Lehren und die treffendsten Erläuterungen zu lesen versteht, der wird in erster Linie erkennen, was es heißt: auf dem Posten ausbarren! Gegen die Sozialdemokratie nationalsozialistischer „Verbreiter“ dürfte die neue Broschüre eine besonders wertvolle Waffe sein, denn sie enthält Wort für Wort auf, daß der Kampf der Sozialdemokratie fest unmöglich ist von den Grundrissen einer natürlichen Gesellschaft, die nicht von einer unantastbaren Wissenschaft, die nicht zu widerlegen ist, am meisten von den Bräsen, hinter denen unsere Gegner sich verbergen müßten, weil es hier ganzes Häßliches ist. Die Auflage der vorliegenden Broschüre kann daher ganzlich hoch genug werden.

## Die Tüfeln brennen



- |  |      |   |           |
|--|------|---|-----------|
| Heftumschläge 10 Stück                       | 8,-  | Schüleretuis Leder, gefüllt   | 50,-      |
| Aufgabenhefte Stück 8,7                      | 5,-  | Radlergummi Stück 25,7  | 15,7 10,7 |
| Schulkladden linert, gutes Papier Stück 60,7 | 30,7 | Zeichenblock Stück 60,7   | 40,7      |
| Bleistifte St. 15,7 10,7 8,7                 | 5,-  | Reißzeuge verschiedene Ausführungen Stück 2,25 1,35                                   | 95,-      |
| Bleistiftspitzer Stück 25,7 15,7             | 10,- | Schieferetuis St. 75,7  | 45,-      |
| Farbstiftetuis Stück 60,7 50,7 25,7          | 15,- | Butterbrotpapier fettfester 4 Rollen à 100 Blatt                                      | 95,-      |
| Farbkasten Stück 95,7 60,7 25,7              | 15,- | Füllfederhalter mit 14 Kar. Goldfed. St. 4,80 2,85                                    | 1.50      |
| Schulfedern gold- und zementfarbig Dutzend   | 10,- | Füllfederhalter mit Druck-Selbstfüllung u. garant. nicht rostender Stahlfeder - Stück | 65,-      |
| Federhalter St. 15,7 10,7                    | 5,-  |   |           |
| Federkasten Stück 95,7 60,7 25,7             | 15,- |   |           |

- |  |       |
|--|-------|
| <b>Volkschulhefte</b> Dutzd.   | 80,-  |
| <b>Sütterlinhefte</b> Dutzd.   | 90,-  |
| <b>Realschulhefte u. höh. Mädchenschulhefte</b> Nr. 12-14 Stück 20,7 | 15,-  |
| Nr. 1-11   | Stück |

- |  |      |
|--|------|
| <b>Knaben-Turnjacken</b> weiß Trik. Gr. 1, 1/2 Arm 85,7, ohne Arm Größensteigerung 10,7                          | 65,- |
| <b>Knaben-Turnhosen</b> schwarz Trik. Gr. 1 Größensteigerung 10,7  | 75,- |
| <b>Mädchen-Turnanzüge</b> ohne Arm, schwarz und blau, in dinstreifarbig, Gr. 1, 1/2 Lg. 60 Größensteigerung 20,7 | 1.50 |
| <b>Wasch-Anzüge</b> gestreift Gr. 0  | 3.75 |
| <b>Seppel-Hosen</b> in braun jede weitere Größe 30,7 mehr  | 2.85 |
| <b>Wasch-Hosen</b> marinfarbl. zum Einknöpfen Gr. 0  | 1.75 |
| <b>Schulkleider</b> Karo-Muster, Wolle Gr. 60  | 6.75 |

- |  |      |
|--|------|
| <b>Büchermappen</b> Rindl. 4,50, 3,90, 2,90                    | 1.90 |
| <b>Schulranzen</b> f. Knaben u. Mädchen 6,90, 5,90, 4,90, 3,90 | 1.75 |
| <b>Frühstückstasche</b> Leder m. Blechinsatz                   | 95,- |

# KNOPE



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

20. April

571 Mohammed, Begründer des Islam. 1812 \*Dichter Friedrich von Schiller. — 1848 Revolutionsgefecht bei Randern. — 1869 \*Komponist Karl Löffler. — 1871 \*Französischer Revolutionär Pierre Leroux. — 1921 Beginn der Sanktionen. Solfarense am Rhein. — 1927 Bürgerkrieg in Ghidjina.

### Der Sohn des Kaisers spricht!

Und wer noch ein kleines Stück Untertanengeist in sich fühlte, machte sich am vergangenen Freitag in die Reichsversammlung auf, denn einen wirklichen „Fürsten“ hört man nicht jeden Tag. In Karlsruhe gibt es noch sehr viele jener Menschen mit dem Untertanengeist, sie betrachten es als eine besondere Gnade, einen „Fürsten“ hören zu dürfen.

„Ständerversammlung“ nannte sich die Zusammenkunft aller reaktionären Kreise von Karlsruhe und Umgebung. Aber o weh, die Stände waren sehr ungleich stark vertreten. Die Arbeiter, nach welchen sich der Versammlungsbereiter als Partei den Namen gegeben hat, war nur dem Namen nach zu sehen. Offiziersfamilien und sich entrechtlich fühlender Mittelstand stellten die Versammlungsbereiter. Die Rednergarnitur war schlecht, Phrasen mußte, wie immer bei den Nazis, Inbalt erleben.

Der Arbeiter Worch legte ein Geständnis ab, daß es dem Arbeiter noch immer schlecht ergehe, und wer freut sich nicht über solche Erkenntnisse? Doch halt, Worch erzählt weiter: am Abend der Arbeiterklasse sei nur das Parteienystem und die Sozialdemokratie schuld. Das Zentrum sei aber auch, ja ganz besonders, schuldig. Es würde den Verein der Gottlosen in Schutz nehmen, und daher das Elend! Wer kommt da nicht? Die Nazi wollen nach dem System „Im dritten Reich“ die Arbeiterschaft von den Bonzen befreien und sozialer Gerechtigkeit zuführen. Der stark vertretene Königinn Luisebund hat über solche Worte kräftig gelacht. Ob der Arbeiter und Stadtrat Worch gemerkt hat, warum?

Fritz Plattner, angeblich auch ein Arbeiter, nennt andere Richter, um seinen eigenen faulstidigen Schwindel glaubhaft zu machen. Er bringt die Dolchstoßlegende auf Naziart aufgewärmt, behauptet, die Gewerkschaftsbomben Schulenburg, Koch, Kluge usw. hätten den Lohnabbau erwollt und nennt die Forderung auf 40-Stunden-Woche einen indirekten Lohnraub. Er spricht von Märtyrern und meint sich selber, schwärmt von Brüden und Ketten zwischen Arbeiter und Unternehmer, Bauer und Fürsten!!! Ein naiver Erdenbürger, dieser Nazimann!

Prinz August Wilhelm von Preußen, jetzt auch Lume genannt, stellt sich als der Hoffende vor. Er betrachtet es als ein Wunder, daß nunmehr die Hitlerbewegung gekommen sei und ihm die Möglichkeit gebe, an der Wiederaufrichtung Deutschlands zu arbeiten. In der Not müsse man zusammenstehen und Unabhängigkeit dem Herrscherhaus zeigen. Michal, merkt du etwas? Kommt du von dieser Unabhängigkeit essen und schlafst du daran, daß dir die Unabhängigkeit gelohnt wird, wenn es dem Herrscherhaus wieder besser gehen sollte? Der Prinz besaßte sich über den Materialismus der Menschen. Wahrscheinlich weiß sein Haus so sehr „genügend“ ist und es auch immer war. Er kritisiert jene, die da immer und immer wieder alles „unterschreiben“ würden und damit das deutsche Volk immer tiefer ins Elend brächten. Er versah zu sagen, daß sein Vater im Jahre 1918 die Flucht ergriffen hat, um die Verantwortung loszuwerden. Nach Auslegung des Prinzen Auwei tat der alte Onkel Wilhelm II. dies nur, um den Bürgerkrieg zu verhindern. „Es geht Berg ab“, so fühlt der Prinz. Wir haben Mitleid und stellen auch fest, es geht mit seinen Ideen immer mehr bergab. Schon mußte er einen republikanischen Gummihüpfel verspüren, darum auch Prinz „Au-Wei“. Die Reichsbannerbewegung kommt ihm wie Strahlenbündel vor! Er verwechselt offenbar das Reichsbanner mit Naziorden.

Der Landwirt Roth ist Nazi, weil er alles besser weiß und kann. Während Prinz Auwei der Hoffende ist, stellt Landwirt Roth den Glauben dar.

Harmonie zwischen reich und arm, das war das Motto aller Reden und dieses Geschreis am diesem Abend. Dabei muß der Arbeiter noch etwas frammen haben, wenn der Prinz kommt, darf er weiterreden, nachdem dem Prinzen zu Ehren die Musik gespielt hat, wie es dem Arbeiter Plattner erging, und von solchem Wesen soll dann die Welt genesen! Heul! Heul!!!

### Nazi-Prinzen-Kenne in Darmstadt

In der ehemaligen Residenz Darmstadt hat Prinz August ebenfalls eine Kontrolle gegeben. Der Darmstädter Volksfreund berichtete darüber.

### Nazi-Prinzen-Kenne in Darmstadt

Das Darmstädter Bürgertum um Hessenhammer und Landeszeitung herum hatte gestern seinen großen Tag. Ein lebhafter Prinz, Auwei (August Wilhelm) ein Sobenzollernspröß, sprach „an sein Volk“. Mit riesengroßen Lettern las man es auf übermannshohen Plakaten. Ja man merkte es der ganzen Versammlungshöhe an: es muß heute bei der selben „Arbeiterpartei“ schon ein Prinz sein, um die Festhalle zu füllen. (Trotz Altschwülzigem „bis auf den letzten Nagel erfüllt“, waren übrigens an den Seiten noch circa 500 bis 700 Plätze frei). Das Heil-Gebrüll war doch, unter dem Eindruck der „Märtyrer“ der letzten Wochen, nicht mehr derart familiär, wie vor wenigen Monaten noch.

Und dann kam Auwei. Eine größere Niese als die der „Arbeiterparteiangehörigen“ hat nie auf Darmstadts politischer Bühne gekannt. Was der in einer knappen halben Stunde an allgemeinem Schmus heruntersparte, war zwerchfellerstüttend. 50 Prozent seines Rederats war Keinsinn der Tränenrinnen der zahlreich mit Kaiser-Wilhelms-Gedächtnisoper errichteten Frauen, daß man ihn, den „Sohn des einst so mächtigen Kaisers“, derart heute bekämpft. Die Ursache unserer Not war bei Wagner noch der fehlende Kadavergehörigkeit eines waffenlosen Seeres, bei „Auwei“ aber ist es die „Enigottuna“ unserer Zeit. Mit Nistellimme ein fröhliches Heil und der oblige, gegen Wagner wesentlich dünnere Beifall, dann fällt mit Schlüssel der Vorhang der Abtügen Nazidramentrevue.

### A. D. G. B., Ortsauschuß Karlsruhe, Durlach Eßlingen

Am Montag, den 20. April, abends 7 Uhr, findet im Volkshaus Delegiertenversammlung statt. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Wir bitten um pünktliches und pünktliches Erscheinen der Delegierten.

Achtung! Sängerkarte! Heute Montag, 20. April, abends 8 Uhr, in der Turnhalle der Landschule, Schützenstraße, Kartellprobe unter der Direktion des Gaubandleiters Herrn Dr. K. D. Die Noten zu dem Chor „Der Sturm“ von Lisemann sind mitzubringen. Es ist Pflicht aller Männerchöre, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

## Die Kriegsoffer protestieren

### Massenprotest der Kriegsoffer gegen geplanten Abbau des Versorgungsrechts

Wuchtiger und markanter kann man sich kaum eine Protestversammlung vorstellen, wie die der Kriegsoffer von Karlsruhe und Umgebung, die gestern Sonntag vormittag im großen Festhallsaal stattgefunden hat. Die Festhalle konnte die Menge kaum fassen. Frauen, die den Verlust ihres Ernährers und Vater ihrer Kinder zu beklagen haben, Männer mit verstümmelten Gliedmaßen und liegenden Krankheiten, Kummer und Sorgen in den granddurchfurchten Gesichtszügen zum Ausdruck bringend, waren die Besucher der Protestversammlung. Ein erschütterndes Bild, das wahrlich manchem Kriegsbegeisterter der jetzigen Zeit mehr zu sagen gewußt hätte, als manche hegerische Broschüre.

Nach einem wirkungsvollen Orgelvortrag des Konzertorganisten Herrn Kraus konnte der Vorsitzende der Ortsgruppe Karlsruhe, Herr Schilling, die überfüllte Versammlung eröffnen. Der Vorsitzende betonte, daß die Kundgebung keine allgemeine öffentliche Versammlung sei, sondern nur von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Es muß außerordentlich bedauert werden, daß die Polizeidirektion dieser Versammlung besondere Schwierigkeiten in den Weg legte. Dem Reichsbund ist verboten worden, ein Plakat anzuhängen, mit der Begründung, daß es aufreizend würde, obwohl es in anderen Städten zugelassen wurde. (Entwürfe für Plakate). Nachdem er noch kurz auf den Zweck der heutigen Versammlung hingewiesen hatte, erteilte der Vorsitzende dem ersten Redner

### Gauleiter Marquardt-Karlsruhe

das Wort. Dieser führte u. a. folgendes aus:

Eine nicht alltägliche Angelegenheit hat sie als Opfer des Weltkrieges 1914—18 an einer Protestkundgebung hier beiegetreten, um gegen den geplanten Abbau des Versorgungsrechts zu protestieren. Die heutige Kundgebung ist zu gleicher Zeit auch eine

Mahnung, um an der Verhinderung eines kommenden Krieges mitzuwirken.

Die Abbaupläne müssen ein schleuniges Ende finden. Der Reichsbund wendet sich mit aller Schärfe gegen eine Verlegung der Kriegsoffer, die den Charakter einer Bedürfnisfrage tragen soll. Um die Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen, will man 475 000 zu 30 bis 40 Prozent Kriegsbeschädigte aus der Versorgung ausschließen. Solche Maßnahmen sind aber auch staatspolitisch sehr gefährlich.

Wer glaubt, daß bei weiteren Sparmaßnahmen auch bei der Versorgung der deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegsernterbliebenen nochmals gespart werden könne, befindet sich in einem großen Irrtum. Der Reichsbund ist in der Lage, unter Beweis zu stellen, welche Abbaumaßnahmen bereits durchgeführt worden sind und in welchem Umfang bereits in den letzten Jahren Verschlechterungen in der Versorgungsangelegenheit eingetreten sind. Die ersten Vorarbeiten zu einem beschleunigten Abbau konnten bei der Verabschiedung der 5. Novelle zum Versorgungsengesetz im Jahre 1927 festgestellt werden. Die allgemeine Beeinträchtigung der ärztlichen Hilfeleistung machte sich sehr bemerkbar, hinzu kam noch eine Schematisierung sowie das Aufheben der Einheitsleistung in der Versorgungsangelegenheit ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Bedürfnisse.

faßlichen Darstellungen und Verdröhnungen der tatsächlichen Verhältnisse auf dem Gebiete der Versorgung, was in vielen Denkchriften maßgebender Wirtschaftsverbände gegen die Sozialpolitik Deutschlands zum Ausdruck kam. Der erneuten Anordnung der Nachunterstützung bei den Kriegsbeschädigten erfolgte die Anrechnung der Renten der Kriegsoffer auf die Arbeitslosenunterstützung.

Im Jahre 1929 kamen die ersten materiell-rechtlichen Verschlechterungen durch Drofflung der Mittel für Kapitalabfindungen, Einstellungen für Zahlungen für rückliegende Zeit, Einstellung der Winterhilfsmassnahmen sowie der anderweitige Verbrauch von 5 Millionen RM., die für Erziehungsbeihilfen der Kriegsernterbliebenen bestimmt waren. Weitere Verschlechterungen hinsichtlich der Kapitalabfindungen blieben nicht aus. Weitere wesentliche Abtritte hatten zur Folge, daß eine Verwaltungsmaßnahme die andere laute. Es kamen

wesentliche Verschlechterungen bei der Kinderzulage, bei der Witwen- und Waisenbeihilfe, bei der Elternrente und den Elternbeihilfen, bei den Versorgungsbeträgen und Zulagen, beim Versorgungsfranken- und Hausgeld und das, mehr.

Gleichzeitig wurde eine starke Einschränkung der Beihilferteilung vorgezogen. Die Berufsausbildung für Kriegsernterbliebenen und ihre Fortführung wurde durch eine neuerliche Anordnung, die Höchstbeträge bei den Erziehungsbeihilfen wesentlich zu reduzieren, besonders erschwert.

Wenn also irgendetwas, so führte der Redner weiter aus, im Haus halt ein Ausgabeposten stark gedroffelt worden ist, dann derjenige der Reichsversorgung für die Opfer des Krieges.

Die Kriegsoffer haben also schon bisher für die Sanierung der Reichsfinanzen durch Millionenstriche genügend hergehalten wie das durch die knappe Zusammenfassung der angegebenen Verschlechterungen zur Genüge dargestellt ist. Neuerdings ist ein Erlaß herausgegeben worden, wonach bewilligte Kannbesüge nicht erhöht, noch neu bewilligt werden dürfen.

Trotz alledem sind noch weitere tief einschneidende Verschlechterungen auf dem Gebiete des Versorgungsrechtes geplant.

So soll nächstens eine Bestimmung über Gewährung von Zulagen erteilt werden, weil angeblich die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, wenn der bisherige Zahlungsmodus beibehalten werden soll. Ebenfalls bereitet man allgemein eine Ueberprüfung der Richtsätze und der Unterstützungshöhe vor. Bei den meisten Bezirksfürsorgeverbänden schweben zur Zeit Erwägungen über Anpassung der Richtsätze der Unterstützungshöhe, an die angeblich geluntenen Lebenshaltungskosten. Es ist zu befürchten, daß bei Herabsetzung der Richtsätze auch gleichzeitig die Unterstützungshöhe herabgemindert werden, wodurch die sogenannte ergänzende Versorgung durch Fürsorge eine wesentliche Einschränkung erfährt. Auch ist ein weiterer Abbau von Versorgungsleistungen geplant.

In einer demnächst zu erwartenden Notverordnung soll vorgelassen werden, durch Abtritte beim Versorgungsrecht hinsichtlich der Rechtsansprüche noch einmal Einparungen bis weit über 100 Millionen RM. einzutreten zu lassen. Das bedeutet, entweder meine Kürzung der Rentenhöhe, oder daß ein weiterer großer Personenkreis von versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten der Versorgung ausgeschlossen werden. Also Gefahren, wie sie der Reichsversorgung kaum größer gedacht werden können.

Das tragische an dem furchtbaren Norden 1914—18 ist, daß heute noch die erschütternde Zahl von

894 000 Kriegsbeschädigten und 1 400 000 Kriegsernterbliebenen zu versorgen sind.

Es werden über die Versorgung der aus dem Weltkrieg hervorgegangenen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen immer höhere Zahlen in der Öffentlichkeit gebracht. Wenn schließlich von einem Versorgungsset in Höhe von 1,7 Milliarden Mark gesprochen wird, so befinden sich in diesen Beträgen diejenigen Summen, die neben der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen auch für Pensionen der alten Wehrmacht, für die Ordensentgeltabfindungen und für die Versorgung der neuen Wehrmacht aufzubringen sind. Wenn aber immer noch ein Aufwand von 1,7 Milliarden jährlich notwendig ist, so liegt das an dem zahlenmäßig großen Personenkreis. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, daß bereits in vergangenen Jahren rund 800 000 Kriegsbeschädigte der Versorgung aus der Versorgung ausgeschlossen wurden.

Die Kriegsoffer haben durchaus Verständnis für die dem Deutschen Reich aus dem entsetzlichen Weltkrieg entstandene Lage und haben bisher auch schon materiell und rechtlich insbesondere in letzter Zeit starke Opfer bringen müssen. Sie werden aber alle

weiteren Maßnahmen nicht kampflos hinnehmen.

Darum rufen wir: Schluß mit dem Trommelfeuer gegen die Reichsversorgung, die Kriegsoffer werden in einer geschlossenen Front den Kampf gegen die geplanten Abbaumaßnahmen aufnehmen. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Von großem Beifall begrüßt, betrat

### frau Mörbler-Freiburg

das Rednerpult und führte in der Hauptsache aus:

Die Opfer des Krieges sind heute verarmt, um gegen die fasslichen Wände geplanten Sparmaßnahmen zu protestieren. Schick des Volkes, die sich heute zum Protest erhebt, hat die genügend Opfer gebracht, wie sie von einem Menschen nicht verlangt werden können. Neben dem Opfer des Krieges sind auch Opfer der Inflation gemordet. Es ist immer derselbe Personenkreis, die diese Opfer bringen müssen.

Die Versorgungsgeheimnisse waren von jeher ungenügend. Die Führer des Reichsbundes haben bisher einen energischen Kampf geführt und werden ihn auch unterunterbrochen weiterführen, den „Dank des Vaterlandes“ für die Kriegsoffer zu erkämpfen.

Woher bringen wir Frauen als Kriegsernterbliebene die Kraft auf, das harte Los zu ertragen? Nur in dem Bewußtsein der Pflichterfüllung, die in der Erziehung der Kinder obliegt, die im Krieg ihren Vater verloren haben. Bereits eine Million Waisenkinder haben ihren Vater nicht oder kaum gekannt und sind um ihre Kindheit und ihres Vaters willen verloren worden. Es ist sehr bedauerlich, daß man nicht mehr über den Opfern, die die Männer im Kriege gebracht haben redet, sondern nur noch davon, was die Kriegsoffer kosten.

Man sieht nur die Renten, die ausbezahlt werden, aber nicht die Leiden und Schmerzen der Kriegsoffer.

Die, die vom Abbau der Renten reden, kennen nicht die Leiden der Frau eines Kriegsbeschädigten. Wir protestieren gegen das geplante Unrecht und fragen: warum hat man Millionen über Millionen Pensionen und Fürsorgeabfindungen, warum zahlt man Tausenden an den König von Bulgarien hohe Summen aus, während eine große Anzahl Kriegsbeschädigter die Rente entzogen bekommen? Die hohe Sterblichkeit der Kriegsernterbliebenen ist zum Teil auf die Vernachlässigung der Heilbehandlung zurückzuführen.

Warum ein Reichsheimat, wenn man das Los der vom Krieg betroffenen noch weiterhin verschlechtern will? Wenn man Tausenden von Waisen nach Beendigung der Lehre keine Beihilfe zur Ausbildung geben kann oder nur noch bis zum 15. Lebensjahr Beihilfe zahlen will?

Grau und sorgenvoll ist die Zukunft. Die Kundgebung soll beweisen, daß der Reichsbund auch weiterhin die Interessen im Sinne der Kriegsbeschädigten wahren wird. Das Pflichtbewußtsein soll uns fähren und die Kraft geben um weiteren Aushalten im Kampf gegen die Sparmaßnahmen. (Lebhafter Beifall.)

Anschließend kam durch den Vorsitzenden nachstehende Entschließung zur Verlesung, die einstimmige Annahme fand. Nach Worten des Dankes an die beiden Referenten, konnte der Vorsitzende nach einem lebhaften Appell die eindrucksvolle Versammlung schließen.

### Entschließung:

Die vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsernterbliebenen und Kriegsernterbliebenen zur Abwehr weiterer Abbaumaßnahmen einberufene Protestversammlung hat mit Entrüstung von den geplanten Drofflungen und Abbaumaßnahmen und von den unüberwindlichen Wege nachteilig bemerkbar machen, Kenntnis geben. Durch die bisherigen Drofflungsmaßnahmen schon auf alle allernennenswerten materiell gefährdet, vernachlässigen sich die Opfer mit aller Entschiedenheit

gegen jede weitere Einschränkung des Versorgungsrechtes und der Fürsorge und fordern von Reich, Ländern und Gemeinden, sich ihrer Pflichten gegenüber den Kriegsoffern nunmehr endlich in vollem Umfang bewußt zu werden und mit dazu beizutragen, daß die materielle und soziale Lage der Kriegsoffer durch weitere Abbaumaßnahmen nicht noch mehr verschlechtert wird.

Von der Reichsregierung wird gefordert, daß sie statt fortgesetzter Abbaumaßnahmen ihre wiederholt abgegebenen Versprechen, die Lage der Kriegsoffer zu verbessern, endlich erfüllt. Von der Öffentlichkeit erwarten die Kriegsoffer Unterstützung in ihrem schweren Kampf um Erhaltung ihrer Rechte, damit eine weitere Verschlechterung ihrer sozialen Lage vermieden wird.

# Milchpreispolitik

Der rheinisch-westfälische Milchpreisausschuss hat eine Senkung des Milchpreises um weitere 2 Pfg. pro Liter ab 7. April beschlossen. Infolgedessen kostet jetzt die Milch in den Städten Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Duisburg, Elberfeld und Witten ab Baden 22 Pfg. und frei Haus 24 Pfg. pro Liter. In Köln und Düsseldorf beträgt der Milchpreis ab Baden 24 Pfg. und frei Haus 26 Pfg.

Während man so überall bestrebt ist, die Milchpreise der ungeheuren Armut der städtischen Bevölkerung anzupassen, sind in Baden heimliche Bemühungen im Gange, die übertriebenen hohen Milchpreise zu verewigen.

Aus keinem anderen Grunde wird von gewissen landwirtschaftlichen Kreisen das Reichsmilchgesetz herbeigeholt und deshalb die verdächtige Eile dieser Kreise, den § 38 dieses Gesetzes schon jetzt in Kraft treten zu lassen. Wenn man auch sicher sein kann, daß die Entschlüsse der Bauern, die ahnungslos in eine Zwangsorganisation hineingetrieben werden sollen, nicht ausbleiben wird, sobald sie erkennen werden, wie einflußlos sie dadurch geworden sind, so müssen doch auch

die Verbraucher diesen Bestrebungen größte Aufmerksamkeit schenken und ihre Stimme erheben, bevor es zu spät ist. Denn es hat nämlich den Anschein, daß die Konsumenten mit den Ausführungsbestimmungen zu dem Reichsmilchgesetz überumpelt werden sollen.

Daß damit der Sache nicht gedient ist, kann kaum bezweifelt werden. Jedenfalls muß davon gewarnt werden, eine so wichtige Angelegenheit gemißrahten unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu behandeln. Denn die Kreise, welche die Gestaltung der Bestimmungen zu § 38 des Reichsmilchgesetzes am liebsten mit einem undurchdringlichen Dunkel umgeben möchten, sind weder die zuverlässigsten Ratgeber der Landwirte, noch Freunde der Konsumentenbevölkerung.

Es ist darum durchaus notwendig, daß in jener Versammlung der Funktionäre der Partei, der Gewerkschaften, der Arbeiterjünger, der Arbeiterpartei, der Stadtrats- und Bürgerausschüßmitglieder eingehend über die Mittel und Wege beraten wird, wie den Verbrauchern ausreichender Einfluß auf die Gestaltung der neuen Bestimmungen zur Regelung der Milchversorgung und besonders aber das unbedingt erforderliche Mitbestimmungsrecht bei Festlegung des Milchpreises gesichert werden kann.

Die neue Alarmeinrichtung der Stadt. Sparrasse. Die unsere Leserschaft schon aus der Samstagnummer entnehmen konnte, hat die Stadt. Sparrasse eine Alarmanlage eingerichtet, um sich gegen Überfälle zu sichern. „Krupp-Tophon“ nennt sich die Einrichtung. Am Samstag zwischen 4 und 5 Uhr fand ein Probealarm statt, der ausgezeichnet funktionierte. Ein Druck auf einen Knopf genügt und sofort ertönt ein ohrenbetäubendes Geräusch einer Sirene ein, sowohl außerhalb der Sparrasse wie innerhalb derselben. Zu gleicher Zeit schließt sich automatisch aus einem Schließ im 3. Stockwerk der Sparrasse ein Schild heraus mit dem Aufdruck: Hilfe, Überfall! In sämtlichen Räumen der Sparrasse befinden sich Alarmglocken. Die Einrichtung ist unabhängig vom elektrischen Stromnetz, so daß selbst bei Ausschleichen des Stromes der Apparat in Tätigkeit treten kann. Eintrichter werden dabei zum, die Sparrasse außerhalb ihres Tätigkeitsbereichs zu lassen, denn die Ausichten auf Erfolg sind verdammt schlecht. Das der Sparrasse unvertraute Gut ist also sicher angelegt. Anlässlich des Probealarms am Samstag strömte eine gemächliche Menschenmenge auf dem Marktplatz zusammen und es gab bei vielen ein großes Käsekrachen darüber, was denn eigentlich los sei. Aber bald war Klärung erfolgt.

## Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

- Sozialdemokratische Bürgerauschüßstation**  
 Dienstag, 21. April, abends 8 Uhr, im Stadtratskunsaal Fraktionskunsung.  
 Auch die Kommissionsmitglieder, die nicht Stadtratsordnete sind, werden um ihr Erscheinen gebeten.  
**Die Hauptversammlung**  
 in der Stellung zum Parteitag genommen wird, findet Mittwoch, den 22. April, abends 8 Uhr, im Friedrichshof statt.  
**Mittels- und Südweststadt**  
 Freitag, 24. April, abends 8 Uhr, im Lokal zur „Cambrinus-Halle“ Vorstandskunsung.  
**Arbeiterwohlfahrt**  
 Am Donnerstag, 23. April, abends 8 Uhr, findet in der Geschäftsstelle, Karl-Friedrich-Strasse 22, eine wichtige Vorstandskunsung statt. Vollzähliges Erscheinen der Vorstandsmittglieder wird erwartet.  
**Bezirk Hardtwaldriedlungen**  
 Freitag, 24. April, abends 8 Uhr, im Handarbeitsaal der Telegrafenschule (richtig Genosse Landtagsabgeordneter Oskar Trinius über „Der Bauernkrieg von 1525“ in einer öffentlichen Versammlung. Das Erscheinen aller Parteigenossen und Parteigenossen, Volksfreundeliler und Anhänger unserer Bestrebungen wird erwartet.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

- Vorläufige Wettervorhersage der Kadischen Landeswetterwarte**  
 Wetterausichten für Dienstag, den 21. April 1931:  
 Zeitweise heiter, vorwiegend trocken, östliche Winde. Am Tage milde.  
**Wasserstand des Rheins**  
 Basel 108, gef. 13; Waldshut 293, gef. 15; Schaffhausen 166, gef. 19; Rehl 312, gef. 12; Maxau 500, gef. 7; Mannheim 416, gef. 4 Fm.

## Großes Konzert der Volkshochschule Karlsruhe

Kapellmeister Dr. S. Knöll wird mit seiner Orchesterbande in diesem Jahr am 1. Mai des Jubiläum der großen Festhalle betreten. War es im vergangenen Jahr Beethoven's 9. Sinfonie, die Tausende von Zuhörern begeisterte, so wird in diesem Jahre eine weltliche Kantate, „Festigung“, von E. Kahn, den Höhepunkt des Programms bringen. Als Mitwirkende sind aus dem Programm zu nennen: Herr Kammerlänger W. Kuntz, das Orchester vom Bad. Landbestreiter, der über 300 Mitglieder zählende Chor der Volkshochschule. Die musikalische Leitung liegt in Händen des Kapellmeisters Dr. S. Knöll.  
 Die Eintrittspreise ermöglichen selbst dem Erwerblosen dieses Konzert zu besuchen, da besonders Wert darauf gelegt wird, der freien Bevölkerung den Besuch zu ermöglichen. Karten zu 1.50 M., 1 M. und 80 Pf. sind im Vorverkauf bei der Musikalienhandlung H. Müller, Volksfreundbuchhandlung, Waldstraße, und Hagenhaus Töpfer erhältlich. Da der Vorverkauf ab Montag beginnt, ist eine baldige Beforgung von Eintrittskarten sehr zu empfehlen. Mitglieder erhalten besondere Preise.

## Südstadt-Werbewoche

Unter diesem Motto wird die Bürgergesellschaft der Südstadt in der Woche vom 9. bis 18. Mai eine Veranstaltung durchführen, die Wandel und Verkehr in der Südstadt fördern, ihre Bedeutung im Gesamtbild der Stadt und ihre Fortschritte auf den verschiedensten Gebieten der Öffentlichkeit vor Augen führen soll. Jeder Einwohner der Südstadt, gleich welchem Stand er angehört, hat an dem Werden seines engeren Wohnortes, seines Stadtteils, das größte Interesse; ist es doch in der Tat seine Heimat, mit der ihn tausend Fäden verbinden, in der er wurzelt und die ihn mit Stolz und Befriedigung über ihre Entwicklung erfüllen soll.  
 Die Bürgergesellschaft der Südstadt, die sich von jeder der Interessen der Südstadt angenommen hat, ruft alle Einwohner der Südstadt auf, mit dazu beizutragen, dieser Veranstaltung, die auf einer wirtschaftlichen Notwendigkeit aufgebaut ist, zu einem vollen Erfolge zu verhelfen.  
 Die Südstadt-Geschäftswelt rüstet sich, für ihre Waren und Erzeugnisse zu werden, die Südstadt-Einwohner vom Vorteil des Einkaufs im eigenen Stadtteil zu überzeugen. Durch Wort und Bild wird die Werbung für den Südstadtteil Karlsruhe und die Umgebung erfolgen, unterstützt durch die Karlsruhe Tageszeitungen, die anlässlich der Südstadt-Werbewoche Sonderbeilagen herausbringen.  
 Die Bürgergesellschaft plant während der Werbewoche größere Veranstaltungen, so am Samstag, den 9. Mai 1931, eine Abendveranstaltung im Waldballsaal, die der Werbewoche Auftakt sein wird. Mittwoch, den 13. Mai 1931, ein Abendkonzert auf dem Werberplatz. Samstag, den 16. Mai 1931, im Gartenaal der Festhalle eine Schlussveranstaltung, der ein Vortrag über die Südstadt in früheren Zeiten vorangeht. Ferner ist es gelungen, den Kinder-Sommertag am Sonntag, den 10. Mai 1931, durch die Strahlen der Südstadt zu führen.  
 Die Bürgergesellschaft bittet die Einwohnerschaft der Südstadt, an diesem Tage die Häuser zu besorgen, und wenn irgend möglich die Bekanntheit über die Südstadt-Werbe-Woche auszuweiten.

## Lichtspielhäuser

„Der Rakenberg“ in den Kadischen Lichtspielen  
 Auf dem Hintergrund einer großen Zeit, die aber nur Hintergrund bildet, entwickelt sich ein Motiv von ungeheurer innerer Spannung; der Sohn des Herrschers hebt im Mittelpunkt derselben. Eine Umwelt von seltener Unerbittlichkeit, von einer beinahe tierischen und blinden Liebe zur Scholle, von seinem Amflosien, rauhherzigen Koh gegen alle, was den Selbsthaltungstriebe regiert und über dem Koh gegen den Herrscher noch höhere Pflichten kennt, macht die Spannung zwischen Vater und Herrscher im Herzen des Sohnes des Herrschers zur Tragik. Sohn des Herrschers sein heißt hier tief einlam, verfein, geduldet sein, heißt bedürftig sein an jeder Art von Macht gegen den Vater; heißt mit Hoffensgefühl sich dessen Bedrückung ergründen müssen; heißt in der Kreuze einer Zeit um den Wert des Lebens erkämpfen zu müssen; heißt mit ihrem Leben den Wert des Lebens gebracht und für den freimütigen Schicksalstod reich sein. Dieser Film läuft ab Montag im Konzerthaus. Jugendliche haben keinen Zutritt.

# Aufruf zur Maifeier

Arbeiterinnen, Arbeiter, Angestellte und Beamte!  
**Heraus zur Maifeier zur Demonstration**  
 der hand- u. kopparbeitenden Massen  
 Es gilt für unsere Ideale zu demonstrieren. Darum Massen heraus! Der 1. Mai ist der **Weltfeiertag der Arbeit!**

Schaffendes Proletariat! Der 1. Mai gehört uns! An diesem Tage ruht die Arbeit. Der 1. Mai ist höchste Kampfbereitschaft. Wir demonstrieren für energische Bekämpfung der Wirtschaftskrise durch Einführung der 40-Stunden-Woche für Beschaffung von Arbeit für Durchführung eines ausreichenden Arbeitstages gegen Lohnraub, Verschlechterung der Sozialversicherung und der Arbeitsbedingungen.

**Der 1. Mai als Weltfeiertag**  
 schmiedet die internationale Bande aller Schaffenden fester zusammen. Aus allen Ländern ertönt erneut der Ruf: für den Völkerrfrieden für Abrüstung für internationale Verständigung! Jede Arbeiterin, jeder Arbeiter, jeder Angestellte, jeder Beamte folgt an diesem Tag dem Ruf seiner Organisation.

**Hoch der 1. Mai als Weltfeiertag der Arbeit!**  
 Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsauschüß Groß-Karlsruhe  
 J. A. Schulerburg,  
 Hsa-Karteil Karlsruhe, J. A. Pajig,  
 Allgemeiner Deutscher Beamtenbund — Karlsruhe, J. A. Köppler.

## Dereinsanzeiger

- Karlsruhe.**  
 U.D.G.B. Ortsauschüß Karlsruhe-Durlach-Etlingen. Heute Montag, 20. April, abends 7 Uhr, findet im Volkshaus Delegierten-Versammlung statt. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Wir bitten um vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Delegierten. Der Vorstand  
 3025  
**Achtung! Sängertariff!** Heute Montag, 20. April, abends 8 Uhr, in der Turnhalle der Uhandlschule, Schützenstraße, Kartellprobe unter der Direktion des Chordirektenten Herrn Dr. Knöll. Die Noten zu dem Chor „Der Sturm“ von Uthmann sind mitzubringen. Es ist Pflicht aller Männerchöre, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. 2977  
**Vormwärts.** Die Sänger treffen sich zwecks Übung heute abend pünktlich 7 1/2 Uhr Ede Etlinger und Lugartenstraße. Desgleichen am 23. April, abends 7 1/2 Uhr Ede Klauwrecht- und Karlstraße. Wir bitten um zahlreihe Beteiligung. 3002 Die Verwaltung.  
**Durlach, Arbeiterwohlfahrt.** Heute abend 7 1/2 Uhr beginnt der Abendkurs im Handarbeitsaal der Besingsschule und können sich Teilnehmerinnen dort anmelden. 1092

# Zum Jubiläum

<b>Schulranzen</b>	Rindvoller, solide	7.50	aus kräftigem Rindleder Mk.	4.90
<b>Schülermappen</b>	Rindleder, mit Ringkappe	2.90	Griff u. Schiene	
<b>Frühstücksköfferchen</b>	ringum gesteppt mit Sprungschloß	0.75		
<b>Volksschulhefte</b>	(Sütterlin) aus prima Papier vorsch. Liniatur/Dtzd.	80.7	St.	7.7
<b>Hefte</b>	für höhere Schulen, großes Format	20.7	kleines Format	15.7



# HERMANN KAPFER

**Foto-Wettbewerb**  
 Bilderannahme und Bedingungen zum Wettbewerb in d. Fotoabteilung, II. Etage.

